

Online Diskussion

30 Jahre nach dem jugoslawischen Staatszerfall – Was müssen und können wir für die Lösung der gegenwärtigen politischen Krisen am Balkan lernen?

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Marshallplan Jubiläumstiftung und dem Institut für Donauraum und Mitteleuropa (IDM).

Unterstützt durch das Bundesministerium für Landesverteidigung.

Summary erstellt von: Lena Elena Nagler

Keywords: Kriege in Ex-Jugoslawien, Kroatien, Slowenien, Anerkennungspolitik, Rolle der EU und der UNO

Vortragende:

Eva Nowotny

Ehemalige außenpolitische Beraterin im Büro des Bundeskanzlers, Österreichische Botschafterin in Paris, London und Washington D.C.

Wolfgang Petritsch

Ehemaliger EU-Sonderbotschafter für den Kosovo und Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Präsident der Marshallplan Jubiläumsstiftung

Kristina Spohr

Professorin der Internationale Geschichte an der London School of Economics

Faruk Ajeti

Österreichisches Institut für Internationale Politik

Moderation:

Vedran Dzihic, Senior Reseacher am oiip, Lektor an der Universität Wien

Datum:

18. Juni 2021

Veranstaltungsort:

Online Diskussion

Executive Summary

Vor 30 Jahren, im Juni 1991, erklärten Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit von Jugoslawien. Der Jahrestag lädt zur Reflexion ein und ist ein guter Anlass, um in die Vergangenheit zurückzublicken. Die Diskussionsrunde behandelt die Frage, ob der blutige Staatszerfall verhindert hätte werden können und sucht nach den Lehren, die nach 30 Jahren aus diesem Staatszerfall gezogen werden. Es wird ein Blick sowohl in die politische Vergangenheit als auch Gegenwart geworfen. Im Besonderen ist die Rolle der globalen Staatengemeinschaft, im Spezifischen die von Europa, zu analysieren, um zu ermitteln, welche internationale Handlungen zielführend wären, um den gegenwärtigen politischen Krisen in den Westbalkan-Staaten entgegenzuwirken.

Ein Blick in die Vergangenheit

Die Periode um den Anfang der 1990er-Jahre prägte sowohl Europa als auch die gesamte globale Gemeinschaft. Einerseits führt das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus, der Fall des Eisernen Vorhangs und der Versuch einer Wiedervereinigung Deutschlands zu einem *Hinter-sich-lassen* der Bipolarität von Westen und Osten. Der westliche Block bemühte sich, Frieden zu erhalten und Stabilität zu wahren, was in diesem Fall bedeutete, den Erhalt einer marktwirtschaftlich orientierten liberalen Demokratie zu fördern. Andererseits fand eine Vertiefung der Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften statt; politische und wirtschaftliche Verbindungen zwischen den Mitgliedsstaaten wurden intensiviert und der Weg von der Europäischen Gemeinschaft hin zur Europäischen Union forciert. Auch wenn durch den Zusammenbruch der Sowjetunion der Fokus des Westens vor allem auf Trennungsprozessen in Osteuropa lag und Jugoslawiens Konfliktpotenzial zu diesem Zeitpunkt wenig internationale Bedeutung geschenkt wurde, darf der blutige Zerfall des Staates jedoch keinesfalls als Randnotiz betrachtet werden. Vor 1989 spielte das damalige Jugoslawien im Ost-West-Gefälle Europas eine entscheidende Rolle, da es Mitglied der Blockfreien Bewegung und Teil der Vereinten Nationen war. Das damalige Jugoslawien wurde vom Westen wirtschaftlich unterstützt und war für die Interessenskonflikte zwischen Ost und West von großer Bedeutung. Diese Rolle wurde nach 1989 jedoch massiv verändert.

Eva Nowotny weist daraufhin, dass es bereits seit Mitte der 1980er-Jahren Signale dafür gab, dass ein Konflikt in Jugoslawien ausbrechen könnte. Österreich, das als Nachbarland enge politische Beziehungen nach Jugoslawien unterhielt, nahm diese Zeichen auch tatsächlich wahr, auf dem



internationalen Parkett wurden diese jedoch spät anerkannt. Der damalige österreichische Kanzler Franz Vranitzky versuchte auf europäischer Ebene auf das Konfliktpotenzial aufmerksam zu machen – jedoch nur mit wenig Erfolg. Die Frage bleibt offen, ob es Chancen gegeben hätte, diese Konflikte zu verhindern (beziehungsweise friedvoller zu lösen), wenn Europa damals mit vereinter Kraft den Auflösungsprozess wahrgenommen und gemeinsam gehandelt hätte.

Zwei Thesen zur Entschärfung des Konflikts

Als 1991 die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und Sloweniens ausgerufen wurde, waren sich sowohl die europäischen Mitgliedsstaaten als auch die nationalen Regierungen selbst nicht einig, wie mit diesem *Auseinanderbrechen* eines UNO Mitgliedsstaates umzugehen sei. Die internationale Politik war von Unentschlossenheit gezeichnet, wie Faruk Ajeti betont. Es fand nicht nur ein *Aussetzen der europäischen Stunde* statt, sondern auch ein *Aussetzen der transatlantischen Stunde* – weder die USA noch Europa schafften es, aufgrund von fehlenden Mechanismen diesem sich aufbauenden Konflikt entgegenzuwirken. Gleichzeitig funktionierte aber auch die internationale Anerkennung der neu entstehenden Staaten nicht von Beginn an. Unterschiedliche Stimmungen und Meinungen wurden international sichtbar, wobei zwei Argumentationslinien die Debatte dominierten: In der ersten Argumentation sprach man sich für einen Zusammenhalt des Staates aus. Diese Haltung wurde vor allem durch die UNO, aber auch Staaten wie die USA, Frankreich und Großbritannien vertreten. Da Jugoslawien ein Mitglied der UNO war, sollte die staatliche Immunität gestützt und militärische Konflikte verhindert werden. Es wurde gefordert, die Probleme innerhalb des Staates zu lösen. Wolfgang Petritsch sieht es zwar als wichtige Entscheidung der UNO seine Mitglieder zu schützen, betont jedoch, dass in diesem Handeln der ethnonationalistische Trend, der von Franjo Tudjman und Slobodan Milošević ausging, nicht beachtet wurde.



Die zweite Argumentationslinie lautete, dass man alles daran setzen müsse, eine frühzeitige Anerkennung der einzelnen Staaten inmitten des Krieges zu verhindern. International gesehen fehlte es an Vorstellungen aber auch am politischen Willen, Jugoslawien als Gesamtstaat zu reformieren und dessen Fortbestand als eine funktionale Einheit – womöglich auch als Kandidatenland für die Mitgliedschaft in der EU – zu unterstützen. In Österreich entstand bereits früh eine Linie, die besagte, dass ein Staat wie Jugoslawien kein *natürlich* entstandener Staat und zu vielfältig in seiner Zusammensetzung sei. Man sah Jugoslawien als in sich zusammengebrochen und nicht mehr zusammenhaltbar. Es gab rasch eine internationale Zustimmung zu den Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens, die im Endeffekt nicht besonders gut funktioniert hat. Die zentrale Frage und Lehre aus dieser Phase lautete also: Hält man an der territorialen Integrität eines Staates fest - auch wenn dieser von innen implodiert - und unterstützt dabei Ideen wie Slobodan Miloševićs Gründung eines Groß-Serbiens, oder schützt man das Prinzip der Selbstbestimmung und führt automatisch den Zerfall eines Staates herbei?

Problematik des Ethnonationalismus

Es stellt sich die Frage, aus welchem Grund ausgerechnet der Staatszerfall Jugoslawiens so blutig verlief, gab es doch zur gleichen Zeit aufgrund des Zerfalls der Sowjetunion weitere Staatsauflösungen, wie beispielsweise zwischen Tschechien und der Slowakei, die einen friedlichen Trennungsprozess umsetzen konnten. Durch einen Rückblick auf jahrhundertelange Geschichte zwischen diesen Volksgruppen lässt sich erkennen, dass die Beziehungen von Feindschaft und nicht aufgearbeiteter Geschichte geprägt waren. Dieser Hass und diese Verachtung - das Misstrauen zwischen den einzelnen Volksgruppen – werden bis heute von nationalistischen politischen Eliten geschürt und verhindert den Prozess der Versöhnung.

Doch ist der Konflikt in Südosteuropa nicht ausschließlich durch seine emotionale Aufladung von den Trennungsprozessen in Osteuropa in der gleichen zeitlichen Periode zu differenzieren: Während Osteuropa einen konservativen, liberal-konservativen oder sozial-demokratischen Weg in Richtung Demokratie eingeschlagen hatte, wurde in Ex-Jugoslawien das nationalistische Narrativ des Andersseins genährt. Anstatt liberal-demokratische Kräfte zu stärken, verstärkte man politisch die Differenzen. Dadurch wurden der Ethnonationalismus und eine Politik, die Franjo Tudjman und Slobodan Milošević verfolgten, durch die internationale Gemeinschaft indirekt legitimiert und bestärkt. Es wurde wenig beachtet, dass die Politik von Franjo Tudjman und Slobodan Milošević die



Region nicht Richtung liberaler Demokratie, sondern in einen starken Ethnonationalismus und Autoritarismus führte. Kleine, progressive Parteien wurden genauso wie zivilgesellschaftliche Kräfte übergangen. Wolfgang Petritsch weist daraufhin, dass die

Versäumnisse dieser Zeit noch deutlicher untersucht und analysiert werden sollten, um die damaligen politischen Vorgänge zur Gänze zu begreifen. Petritsch betont auch deutlich, dass die internationale Legitimierung ethnonationalistischer Narrative und friedlichen und demokratischen Lösungen im Wege steht.

Ein Blick in die Zukunft

Um in der Gegenwart und für die Zukunft einen konfliktarmen Weg im Westbalkan einzuschlagen, gibt es einige Punkte, die bedacht werden müssen. Einerseits wäre eine Versöhnung zwischen den Staaten und den Völkern selbst wichtig. Wie eingangs erwähnt, ist der Staat Jugoslawien in sich zusammengefallen. Um neuerliche Konflikte und einen progressiven Weg in die Zukunft zu

ermöglichen, müssen die Staaten einen intensiven inneren Prozess der substantiellen Befriedung und Versöhnung durchmachen, der von außen gesteuert aufgezwungen wird.

Ein weiterer zentraler Ansatz für die langfristige Überwindung der nationalistischen Diskurse und Politiken ist die Intensivierung des EU-Integrationsprozesses für die Staaten des Westbalkans. Hierbei bedarf es eines Paradigmenwechsels in der Region: Die ursprüngliche Idee eines liberal-demokratischen Europas muss wieder aufgenommen und im Westbalkan etabliert werden, um von diesem Standpunkt aus die Staaten der Region in den größeren europäischen Rahmen zu integrieren. Doch sollte hier hervorgehoben werden, dass sich die EU selbst an einem Wendepunkt befindet und sich die Frage stellen sollte, was die ursprüngliche Idee der Union gewesen sei. Nach dem Kalten Krieg blickte die Union einer stabilen Zukunft entgegen, jedoch ist sie nun von problematischen internen Prozessen und Krisen gekennzeichnet, wie die Beispiele Ungarn und Polen zeigen. Der Gedanke, weitere Teile der Souveränität an die Union abzugeben, scheint in einigen Mitgliedsstaaten problematisch zu sein. Vermehrt sind, wie alle TeilnehmerInnen an der Diskussion betonten, auch Tendenzen des Nationalismus erkennbar. Dies spiegelt sich wiederum in der Außenpolitik der Union wieder: Wenn in den verschiedenen Regionen unterschiedliche Vorstellungen der Union selbst bestehen, führt das automatisch dazu, dass eine gemeinsame und kohärente Politik der EU in Bezug auf Regionen wie den Westbalkan ausbleibt. Um Demokratisierungsprozesse voranzutreiben, die eine Eingliederung in die EU möglich machen könnten, sollten vor allem lokale, zivilgesellschaftliche Bewegungen unterstützt werden, die einen proeuropäischen Kurs verfolgen.

Als einen weiteren Grund für die Beschleunigung des Integrationsprozesses nennt Kristina Spohr die derzeitigen global-politischen Veränderungen durch die drei größten internationalen Akteure: die USA, Russland und China. Während sich die USA seit 9/11 intensiv mit dem *American War on Terror* auseinandersetzt, begann in einem revisionistischem Russland die Ära Putin. China, das nach dem Kalten Krieg ebenso zu einer Weltmacht aufstieg, übt immer stärker geostrategisch und geoökonomisch Einfluss aus, wie beispielsweise am Westbalkan. Kristina Spohr weist außerdem auf die derzeit heikle, globale, geopolitische Situation hin: Bei zwei von drei global äußerst einflussreichen Staaten, lassen sich Tendenzen hingehend zu einer post-westlichen autoritär geprägten Weltordnung erkennen. Vor allem in China sind Versuche beobachtbar, welche die auf internationalem Recht basierende



internationale Ordnung unterminieren. Es stellt sich die Frage, was dies zukünftig für Europa sowie kleinere Staaten, die den Anschluss an die EU suchen, bedeuten könnte. Eine gemeinsame Emanzipation wäre notwendig, um zukünftigen globalen Konflikten entgegenzuwirken. Dies wurde auch im Falle des Westbalkans während der Präsidentschaft Donald Trumps in den USA sichtbar: Die USA und Europa benötigen eine gemeinsame Linie bezüglich der Region - einen transatlantischen Konsens - um Stabilität in den Westbalkan-Staaten gemeinsam fördern zu können.